

Sächsische Jugendstiftung – Weißeritzstraße 3 – 01067 Dresden

Sächsisches Staatsministerium für Kultus
Herr Staatsminister Piwarz
Carolaplatz 1
01099 Dresden

Unterzeichnet von:
Landesschülerrat Sachsen
LAG Schulsozialarbeit Sachsen e.V.
Landessportbund Sachsen e.V.
Sportjugend im Landessportbund Sachsen e.V.
Landesverband Sächsischer Jugendbildungswerke e.V.
Sächsische Jugendstiftung
Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.
KOST-Kooperation Schule und Theater in Sachsen
Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V. (ENS)
Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V.
Aktion Zivilcourage e.V.
arche noVa – Initiative für Menschen in Not e.V.
Theaterpädagogisches Zentrum Sachsen e.V.
Konzeptwerk Neue Ökonomie
aha – anders handeln e.V.
Politischer Jugendring Dresden e.V.
gerede e.V.
RosaLinde Leipzig e.V.
Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. Wurzeln
Colorido e.V. Plauen

Betreff: Gesellschaftliche Bildungspartner müssen bei den Öffnungen der Schulen mitgedacht werden!

Sehr geehrter Herr Staatsminister Piwarz,

seit einem Jahr verändert die Corona-Pandemie unser aller Alltag. Ein unbeschwertes Zusammenleben und Zusammenkommen ist aktuell nicht möglich. Stattdessen müssen alle Handlungen und Entscheidungen mit großer Vorsicht und unter Einbezug tagesaktueller Entwicklungen und vielfältiger Interessen abgewogen werden. Wir wertschätzen die Arbeit der Landesregierung, die seit Monaten versucht durch ihre Beschlüsse das größtmögliche Maß an Sicherheit und Gesundheit für die Bevölkerung zu gewährleisten, ohne die Freiheiten der Menschen grundlos einzuschränken.

Trotzdem sind junge Menschen von der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen besonders hart getroffen, wie mittlerweile auch verschiedene Studien belegen. Gesperrte Spielplätze, Kontaktverbote zu Peers und Großeltern, die weitgehende Schließung von Kitas und Schulen, geschlossene Vereine, Jugendclubs sowie Musikschulen – beinahe alle Lebensbereiche von Jugendlichen erfahren immer wieder umfassende Einschränkungen. Jugendliche sind fast gänzlich aus dem öffentlichen Leben verschwunden. In Erscheinung treten sie hauptsächlich dann, wenn in der Öffentlichkeit der Begriff „Homeschooling“ fällt. Es wird indirekt über sie, meist ausschließlich in ihrer Rolle als Schülerinnen und Schüler sowie zukünftige Leistungsträgerinnen und Leistungsträger gesprochen. Die vielfältigen Interessen und Bedürfnisse junger Menschen

scheinen dabei in der Diskussion keine große Rolle zu spielen. Auch bei der Suche nach Lösungen zur Bewältigung der Krise werden Kinder und Jugendliche nicht ausreichend einbezogen, selbst wenn sie direkt betroffen sind, z.B. bei der Debatte um die Öffnungsmodelle der Schulen.

Die, schon vor der Corona-Krise von der Shell Studie 2019, vielfach angesprochene geringe politische Einflussersparung junger Menschen wird dadurch konsolidiert. Dabei sind junge Menschen diejenigen, die von den Folgen der Krise, den Kosten und komplexen Konsequenzen nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft betroffen sind und sein werden. Folgen, mit denen sie lernen müssen umzugehen und für die sie Lösungen finden müssen. Dafür benötigen junge Menschen umfassende Fähigkeiten, die über bloßes Fachwissen hinausgehen. Zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte bedarf es, neben Selbst- und Sozialkompetenz, vor allem der Stärkung der eigenen politischen und demokratischen Handlungsfähigkeit.

Das Sächsische Schulgesetz erkennt die Wichtigkeit dieser Fähigkeiten an. Es heißt: „Schüler sollen insbesondere lernen selbstständig, eigenverantwortlich und in sozialer Gemeinschaft zu handeln“. Die Schule ermutigt sie, „sich mit Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, mit Politik, Wirtschaft, Umwelt und Kultur auseinanderzusetzen, befähigt sie zu zukunftsfähigem Denken und weckt die Bereitschaft zu sozialem und nachhaltigem Handeln.“

Wenn in der Corona-Krise über Schule gesprochen wird, scheint die Förderung dieser wichtigen personalen und sozialen Kompetenzen, die Teil des Bildungsauftrages von Schule sind, eher zweitrangig zu sein. Die Diskussionen und Konzepte zur Schulöffnung fokussieren auf das „schulische Kerngeschäft“. Es gibt darin nur wenige Überlegungen zur Bedeutsamkeit von „externen Partnern“, welche seit Ende Oktober 2020 vom „schulischen Kerngeschäft“ weitgehend ausgeschlossen sind, und wie diese schnellstmöglich wieder in den Schulbetrieb eingebunden werden können.

Gerade diese „externen Partner“, zu welchen wir sämtliche gesellschaftliche Bildungspartner an Schule bspw. aus den Bereichen der inklusiven, demokratischen und kulturellen Bildung sowie der Bildung für nachhaltige Entwicklung zählen, leisten einen sehr wichtigen Beitrag in der schulischen Bildung. Sie befähigen junge Menschen dazu, sich in geschützten pädagogischen Räumen oben benanntes zukunftsfähiges Denken, wie auch soziales und nachhaltiges Handeln anzueignen, eigenständige politische Urteile zu bilden, ihre Interessen einzubringen und demokratische Handlungsfähigkeit zu üben und zu gewinnen.

Die Potentiale der Kooperation von Schulen mit solchen gesellschaftlichen Bildungspartnern hat das Kultusministerium in der Zeit vor der Corona-Pandemie erkannt, genutzt, im Schulgesetz verankert und mit dem „W wie Werte“ Papier nochmals gestärkt. Es wurde deutlich, dass die Kooperation mit diesen Bildungspartnern an Schule kein „Add-On“ ist, sondern wesentlicher Bestandteil des Bildungsauftrages. Wir freuen uns sehr über diese Entwicklung, die finanzielle und ideelle Unterstützung von Seiten des SMK und den gemeinsam eingeschlagenen Weg mit dem Ziel, Schüler und Schülerinnen zu mündigen Bürgern und Bürgerinnen zu bilden, die sozial handeln und sich eine eigene Meinung bilden können. Besonders bedanken möchten wir uns an dieser Stelle auch für das Vertrauen, die

Flexibilität bei der Suche nach Lösungen und die Aufrechterhaltung der finanziellen Förderung vieler Bildungspartner durch das SMK seit Beginn der Corona-Krise, obwohl viele Projekte nicht so umgesetzt werden konnten wie bei der Beantragung geplant.

Trotz der ideellen und finanziellen Unterstützung seitens des SMK sind seit den mit der Corona-Krise einhergehenden Einschränkungen, Schulschließungen und der Konzentration auf das „schulische Kerngeschäft“ diese wichtigen Prozesse an Schule, als wesentlicher Bestandteil der gerade in Fahrt gekommenen Kooperation, ins Stocken geraten und drohen ganz zum Stillstand zu kommen. Wie schon das Trägheitsgesetz festgestellt hat, bedarf es einer besonderen Kraftanstrengung von außen, um Körper bzw. in diesem Falle Prozesse, die zum Stillstand gekommen sind wieder in Bewegung zu versetzen. Wohingegen Körper oder auch Prozesse die in Bewegung sind, ohne besondere Kraftanstrengung in Bewegung bleiben, sofern sie nicht durch eine einwirkende Kraft daran gehindert werden.

Wir appellieren daher dafür, den Schwung der letzten Jahre zu nutzen und die Kooperation von Schulen mit Partnern der inklusiven, demokratischen und kulturellen Bildung sowie der Bildung für nachhaltige Entwicklung, durch eine Konzentration auf das „schulische Kerngeschäft“, nicht einschlafen zu lassen.

Gesellschaftliche Bildungspartner an Schule sind, auch in Krisenzeiten:

Teil des Erziehungs- und Bildungsauftrags von Schule

In der Theorie besteht Konsens darüber, dass Schule unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen hat, die mitunter ein Spannungsfeld bilden. Neben der Enkulturation, der Qualifikation und der Allokation verschiedener Berufslaufbahnen ist besonders die Integrationsfunktion wichtig. Über die Vermittlung von Werten und Normen soll eine demokratische Gesellschaft erreicht werden. Bildungspartner geben wichtige Impulse für die politische Sozialisation und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen und sind daher ein zentraler Teil des schulischen Kerngeschäfts. Auch das SächsSchulG fordert, dass Schulen, in der Erfüllung ihres Erziehungs- und Bildungsauftrags, „eine gute Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Institutionen und gesellschaftlichen Partnern“ pflegt.

Eine Unterstützung, keine Belastung für Schulen und Lehrer*innen

Bildungspartner hätten Schule in diesen anspruchsvollen Zeiten unterstützen und entlasten können. Viele Bildungsträger sind seit etlichen Jahren mit der Entwicklung von digitalen und analogen Ansätzen, Methoden und Angeboten der (Medien-) Bildung engagiert. Von diesen Erfahrungen können Schulen, Schüler*innen und Lehrer*innen profitieren.

Eine Dauer- und keine „Schönwetteraufgabe“

Bildungspartner sind keine „gesellschaftspolitische Feuerwehr“. Sie können keine akuten Probleme lösen, diese jedoch sichtbar und verhandelbar machen. Ihre Notwendigkeit begründet sich in der Tatsache, dass Demokratie und demokratisches Verhalten von jeder Generation lebenslang neu gelernt und eingeübt werden müssen, um eine nachhaltige demokratische Diskussions- und Entscheidungskultur zu pflegen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, aber auch verschiedenen Phänomenen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit erfolgreich entgegenzuwirken, die gerade in der Corona-Krise wieder an Konjunktur gewinnen.

Eine Möglichkeit der Beteiligung und Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie beklagen junge Menschen, dass ihr Recht auf Beteiligung und darauf gehört zu werden nicht verwirklicht wird, wie es unter anderem die JuCo Studie der Universität Frankfurt am Main und der Universität Hildesheim attestiert. Jugendliche haben das Gefühl nicht angehört zu werden, nicht mitreden und mitentscheiden zu können und sich oft nicht gut informiert zu fühlen. Politische Teilhabe von jungen Menschen muss in Bereichen die ihr persönliches Leben betreffen, also besonders in der Schule, auch in Krisen-Zeiten gewährleistet sein.

Angebote von Bildungspartnern an Schule bieten jungen Menschen Räume für Begegnung, Gemeinschaftserfahrungen und gemeinsame Reflexion, da Beteiligung und Mitbestimmung zentrale Bausteine ihrer Arbeit sind.

Es ist daher, auch in Krisenzeiten wichtig, die Kooperation mit Bildungspartnern an Schule zu erhalten, Synergien ausfindig zu machen und diese zu nutzen.

Der gemeinsam eingeschlagene Weg zur Etablierung von inklusiver, demokratischer und kultureller Bildung, sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung im Rahmen von Schule und die multiprofessionelle Zusammenarbeit von formalen und non-formalen Bildungsträgern muss gerade in Krisenzeiten fortgeführt und gestärkt werden. Nur so kann Schule seinem ganzheitlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag gerecht werden.

Wissend wie herausfordernd die Absicherung der Arbeitsfähigkeit von Schule in der Pandemie ist, führt eine Konzentration auf das „schulische Kerngeschäft“ zu einer Abminderung der Bedeutsamkeit der, in den letzten Jahren bewusst gestärkten, Angebote der inklusiven, demokratischen und kulturellen Bildung sowie der Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Wahrnehmung von Schülerinnen und Schülern wie auch von Lehrkräften. Dem kann bewusst entgegengesteuert werden, wenn diese Angebote „externer Partner“ Bestandteil der öffentlichen Diskussionen und Überlegungen zur Öffnung der Schulen sind und damit ein möglichst zeitnaher Zugang dieser Partner (selbstverständlich unter Einhaltung notwendiger Schutzmaßnahmen) zur Schule abgesichert wird. Denn nur mit diesem Zugang zu Schule kann der Bildungsauftrag, den das Kultusministerium Bildungsträgern für Schulen durch Kooperations- und Leistungsverträge erteilt hat, vollumfänglich umgesetzt werden.

Aus unserer Sicht wäre dies ein klares Bekenntnis von Seiten des Kultusministeriums und der Schulbehörden zur „Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Institutionen und gesellschaftlichen Partnern“, so wie es das Schulgesetz fordert.

Gesellschaftliche Bildungspartner müssen an und mit Schule tätig sein können, auch wenn Schule, wie in aktuellen Zeiten, massiv mit verschiedenen strukturellen und inhaltlichen Grenzen ringt. Sehr gern würden wir mit Ihnen in den nächsten Wochen ins Gespräch kommen, wie dies unter aktuellen Bedingungen realisierbar sein kann.

Dresden, den 12.04.2021

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Büttner
stellvertretend für alle Unterzeichner*innen des Schreibens (siehe 1. Seite oben rechts)